

„Und was habe ich davon?“

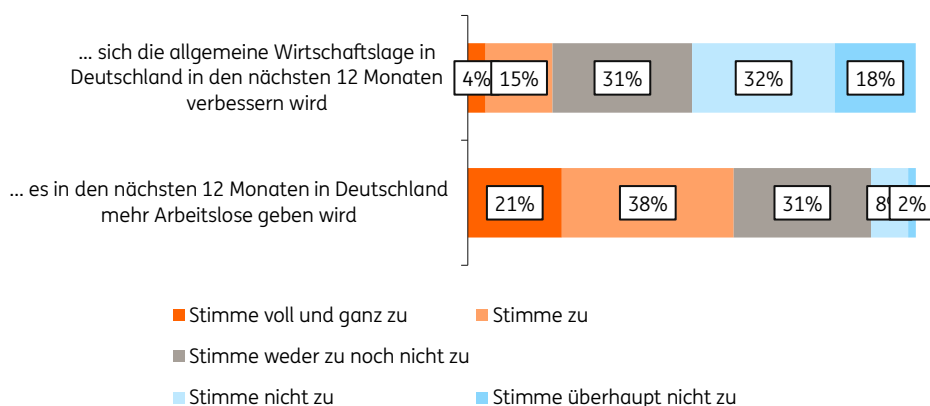
Ihre Hoffnungen auf einen Aufschwung stützen Ökonomen vor allem auf die zusätzlichen Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung, die durch die Reform der Schuldenbremse ermöglicht werden. Viele Deutsche sind aber skeptisch, ob davon auch etwas bei ihnen ankommt.

Die Wirtschaft in Deutschland und dem übrigen Europa hat sich in den zurückliegenden Krisenjahren als bemerkenswert resilient erwiesen. Resilienz und Dynamik sind aber zwei Paar Schuhe – das Ausbleiben eines dramatischen Einbruchs der Wirtschaftsleistung ändert nichts daran, dass die Entwicklung eher zäh und kräftiges Wirtschaftswachstum – zeitlich wie geographisch – allenfalls vereinzelt zu verzeichnen war.

Als möglichen Treiber für mehr Dynamik haben Ökonomen vor allem fiskalische Impulse ausgemacht. In ganz Europa wird diskutiert, wie man sich in sicherheitspolitischer Hinsicht unabhängiger von den USA machen kann – eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird unerlässlich sein. Hinzu kommen Infrastrukturausgaben, wie sie beispielsweise in Deutschland durch die Anfang 2025 beschlossenen Ausnahmen von der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ermöglicht werden. Wie eine repräsentative ING-Umfrage im Dezember 2025 zeigt, sind die Deutschen aber äußerst skeptisch, ob sich diese staatlichen Anstrengungen auch für sie selbst auszahlen werden.

- Lediglich **12 bis 21 Prozent** sind der Ansicht, dass ihre eigene finanzielle Situation von erhöhten staatlichen Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung profitieren wird, entweder über einen allgemeinen Aufschwung oder durch branchenspezifische Effekte.
- Hingegen erwarten **zwischen 33 und 57 Prozent negative Effekte auf ihre eigene finanzielle Situation** – z. B. aufgrund einer durch höhere Staatsausgaben angeheizten Inflation oder in Form von Steuerhöhungen bzw. Leistungskürzungen zur Gegenfinanzierung.
- Auch unabhängig von ihrer eigenen Situation blicken die Deutschen eher skeptisch in die Zukunft. **Nur 19 Prozent erwarten eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage, 59 Prozent hingegen eine Zunahme von Arbeitslosigkeit.**

Abb. 1 „Ich gehe davon aus, dass ...“



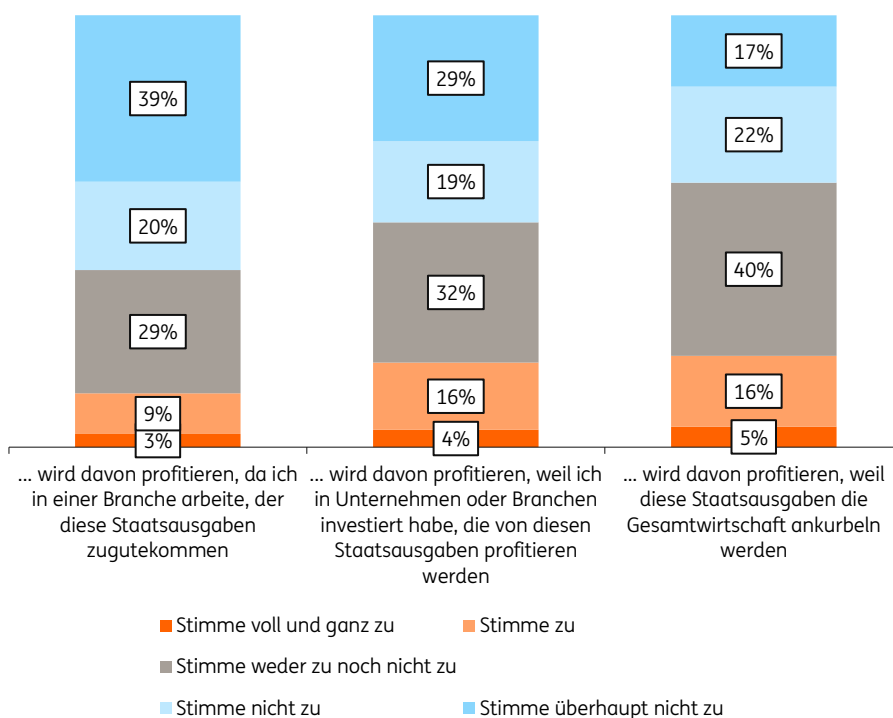
Deutschland öffnet das Portemonnaie

Angesichts einer sich wandelnden Sicherheitslage wird Europa künftig mehr Geld für seine Verteidigung aufwenden müssen. Nachdem vor allem die USA schon lange höhere Rüstungsausgaben von ihren europäischen NATO-Partnern gefordert hatten, sind es nun ironischerweise ausgerechnet Fragen hinsichtlich der strategischen Verlässlichkeit der Amerikaner, die Europa Beine machen. 5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts soll jedes Land künftig aufwenden, von denen allerdings ein knappes Drittel auch für verteidigungsrelevante Infrastruktur ausgegeben werden kann. Um diesem Ziel näher zu kommen, soll auch die Finanzierung von Verteidigungsausgaben erleichtert werden, beispielsweise durch Ausnahmen von den Staatsschuldenregelungen im EU-Stabilitätspakt.

Deutschland hatte sich jedoch 2009 im Sinne des grundsätzlich lobenswerten Ziels solider Staatsfinanzen selbst eine Beschränkung neuer Kreditaufnahme in Form der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse auferlegt. Bereits vor den aktuellen Fragestellungen zur europäischen Verteidigungsfähigkeit wurde diese Maßnahme vor dem Hintergrund eines infrastrukturellen Investitionsstaus kontrovers diskutiert.

Die Einsicht, dass künftigen Generationen mit niedriger Staatsverschuldung, aber maroder Infrastruktur und eingeschränkter Verteidigungsfähigkeit auch nicht gedient ist, setzte sich allerdings nur nach und nach durch – teilweise erst nach der Bundestagswahl im Februar 2025, nachdem die Schuldenbremse zuvor im Wahlkampf noch ausgiebig thematisiert worden war. Bis Anfang 2025 hatte sich aber bereits die öffentliche Meinung gewandelt. In einer im Juli und November 2024 sowie Januar 2025 durchgeführten Forsa-Umfrage ging der Anteil der Befragten, die die Schuldenbremse unverändert lassen wollten, von 55 über 48 auf 42 Prozent zurück, während zunächst 25, dann 35 und schließlich 46 Prozent eine höhere Verschuldung für Investitionen zulassen wollten. Der Anteil, der das Instrument ganz abschaffen wollte, stieg während dieses halben Jahres von 7 auf 9 Prozent an.

Abb. 2 Bezogen auf staatliche Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur: „Meine eigene finanzielle Situation ...“



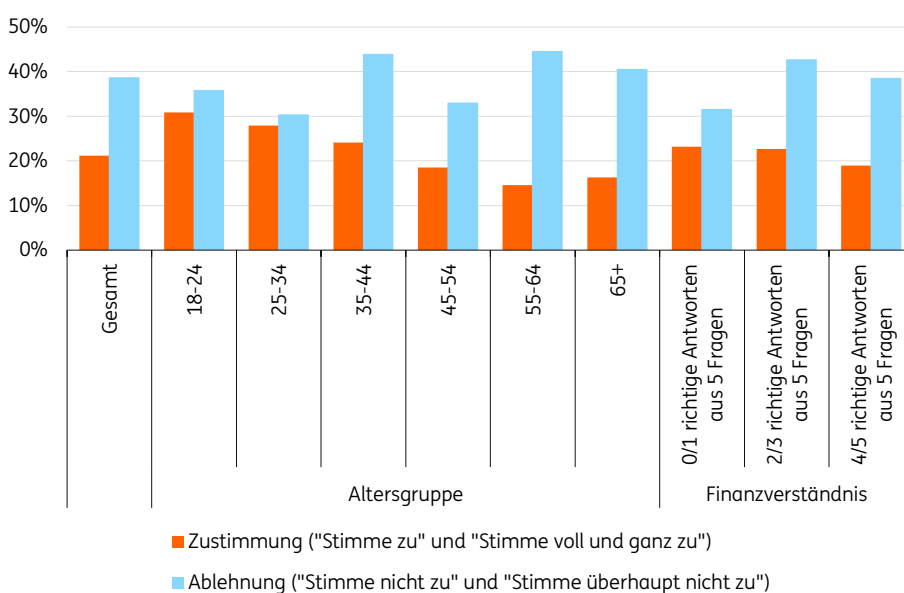
Mit der im März 2025 beschlossenen Reform wurden die Einrichtung eines Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz ermöglicht sowie Ausgaben für Verteidigungs- und verwandte Zwecke, die über 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinausgehen, von der Schuldenbremse ausgenommen. Im Jahr 2026 werden erstmals in größerem Umfang Gelder aus diesen neu geschaffenen Möglichkeiten zur Kreditaufnahme ausgegeben werden.

Ökonomen setzen vor allem in diesen fiskalischen Impuls ihre Hoffnungen auf etwas mehr wirtschaftliche Dynamik für 2026, nachdem im vergangenen Jahr laut der ersten BIP-Schnellschätzung mit einem Miniwachstum von 0,2 Prozent nur knapp ein drittes Jahr in Folge mit leicht schrumpfender Wirtschaft vermieden werden konnte. So liegen unsere eigenen ING-Prognosen für dieses und das folgende Jahr bei 0,9 bzw. 1,9 Prozent – kein Jahrhundertboom, aber immerhin eine Rückkehr zu etwas robusterem Wachstum. Deutsche Verbraucher sind jedoch skeptisch, ob Mehrausgaben für Infrastruktur und Verteidigung auch auf ihre eigene Lage einen positiven Effekt haben werden.

12 Prozent erhoffen sich einen positiven Effekt auf die eigene finanzielle Situation, da sie nach eigenen Angaben in einer Branche tätig sind, deren Unternehmen von Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung profitieren sollten. 20 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie in solchen Branchen investiert sind und daher positive Auswirkungen erwarten. Angesichts einer im internationalen Vergleich eher niedrigen Aktionärsquote ein bemerkenswert hoher Wert, aber dennoch eine deutliche Minderheit. Auch einen positiven Effekt auf die eigene Situation durch verstärktes Wirtschaftswachstum sehen lediglich 21 Prozent, während fast doppelt so viele dieser Ansicht widersprechen.

Im Rahmen der Umfrage wurden auch Fragen gestellt, die eine grobe Einschätzung des generellen finanziellen Verständnisses der Teilnehmer ermöglichen sollten. Interessanterweise zeigt sich, dass Befragte mit besseren Ergebnissen beim Finanzverständnis tendenziell weniger geneigt sind, sich der Expertenansicht von spürbaren Wachstumseffekten anzuschließen.

Abb. 3 Bezogen auf staatliche Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur: „Meine eigene finanzielle Situation wird davon profitieren, weil diese Staatsausgaben die Gesamtwirtschaft ankurbeln werden“; nach Altersgruppen und Ergebnissen zum Finanzverständnis



Differenz zu 100 Prozent: „Stimme weder zu noch nicht zu“; Quelle: ING Consumer Research

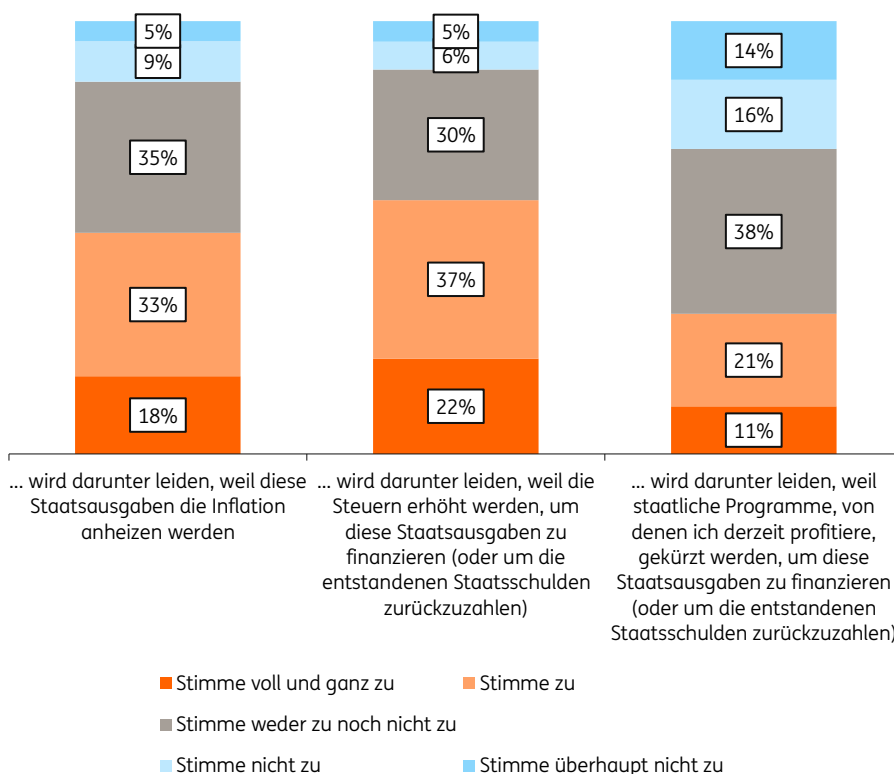
Auch zeigt die demographische Aufschlüsselung, dass jüngere Befragte in dieser Hinsicht optimistischer in die Zukunft blicken als ältere. Hier könnten sich aber auch Effekte

überlappen, wenn beispielsweise ein besseres Verständnis zu Finanzthemen erst im Laufe der Zeit, etwa durch berufliche Befassung, erworben wird.

Deutsche befürchten höhere Steuern und Inflation

Während sich nur eine Minderheit der Befragten positive Effekte der anstehenden staatlichen Mehrausgaben erwartet, werden mehrheitlich negative Auswirkungen befürchtet. So erwarten 51 Prozent der Befragten, dass die eigene finanzielle Situation unter einer durch die Staatsausgaben angeheizten Inflation leidet. Für 59 Prozent sind die Staatsschulden von heute die Steuererhöhungen von morgen – sie befürchten daher ebenfalls negative Auswirkungen auf den eigenen Geldbeutel. Beide Ansichten ziehen sich durch alle Altersgruppen und alle Ergebnisse zum Finanzverständnis: In keiner dieser Gruppen liegt die Zustimmung zu einer der beiden Aussagen niedriger als 46 Prozent oder die Ablehnung höher als 18 Prozent.

Abb. 4 Bezogen auf staatliche Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur: „Meine eigene finanzielle Situation ...“



Quelle: ING Consumer Research

Etwas geringer fällt der Anteil aus, der sich um die Kürzung staatlicher Leistungen zur Gegenfinanzierung der Mehrausgaben sorgt – hier überwiegt die Zustimmung nur knapp die Ablehnung der entsprechenden Aussage. Insbesondere Jüngere machen sich in dieser Hinsicht Sorgen – das ist insofern nachvollziehbar, als hier das Einkommen tendenziell geringer ist und eher eine Ausbildungssituation vorliegt, in der man von staatlichen Programmen profitiert.

Verbraucher bleiben vorerst pessimistisch

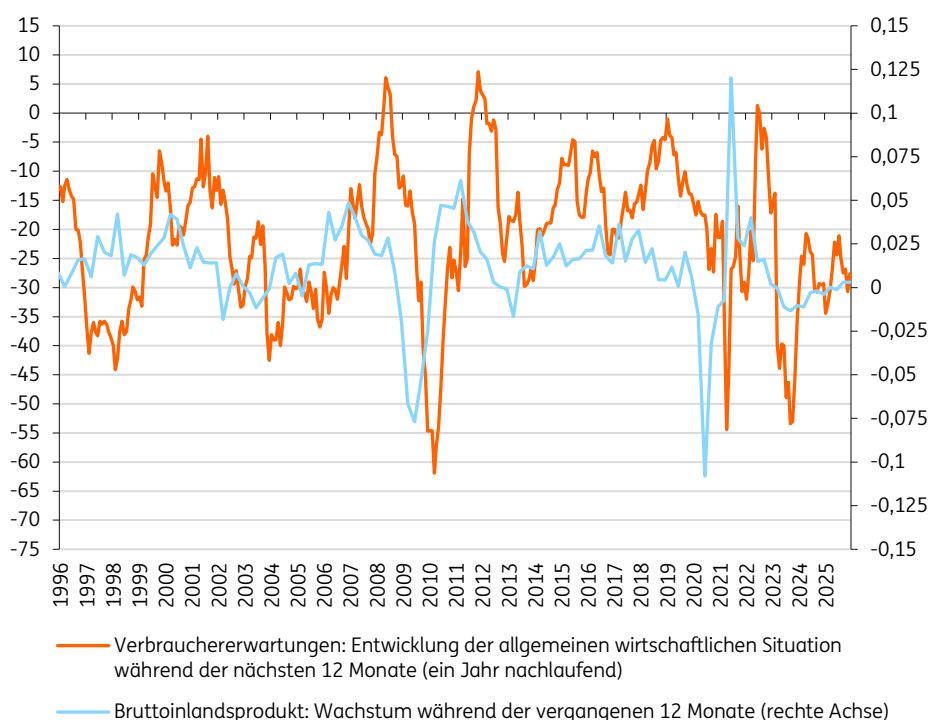
Dass deutsche Verbraucher eher skeptisch in die Zukunft schauen, ist keine neue Entwicklung – beispielsweise hat der GfK-Konsumklimaindex seit über vier Jahren keinen positiven

Wert mehr erreicht. Bemerkenswert ist allerdings, dass selbst Maßnahmen, in die Ökonomen ihre größte Hoffnung auf einen spürbaren Aufschwung setzen, von den Verbrauchern deutlich skeptischer bewertet werden. Und nicht nur im Hinblick auf die eigene Situation herrscht Pessimismus vor – nur 19 Prozent erwarten eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage, 59 Prozent hingegen eine Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Aber wie war es eigentlich in der Vergangenheit um die Prognosefähigkeiten der Verbraucher bestimmt? Hier bietet sich der Blick auf eine seit Jahrzehnten bestehende Umfrageserie der Europäischen Kommission an. Der dargestellte Wert ist ein Saldo – vereinfacht ausgedrückt, ist er positiv, wenn mehr Menschen eine Verbesserung der Wirtschaftslage erwarten als eine Verschlechterung. Den Vergleichswert bildet hier die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Im Hinblick auf die schlechte aktuelle Stimmung können hier vielleicht zwei Erkenntnisse tröstlich wirken. Zum einen sind die Verbraucher fast immer pessimistisch gestimmt – nur wenige Male in den vergangenen drei Jahrzehnten kam es überhaupt vor, dass mehr Befragte eine Verbesserung als eine Verschlechterung der Lage erwarteten. Dennoch sind Phasen positiven, wenn auch manchmal schwachen Wachstums eher die Regel als die Ausnahme.

Abb. 5 Verbrauchererwartungen und BIP-Wachstum für Deutschland, 1996-2025



Quelle: Europäische Kommission, Statistisches Bundesamt

Zum anderen sind die Verbrauchererwartungen mit einem Nachlauf von einem Jahr gegenüber der tatsächlichen BIP-Entwicklung dargestellt – falls zumindest die Tendenz der Erwartungen richtig sein sollte, müssten sich die Hochs und Tiefs der beiden Kurven also annähernd überlappen. Tatsächlich hängen die Erwartungen der Verbraucher aber um ziemlich genau ein Jahr der realen Entwicklung hinterher.

Eine Wende in den Verbrauchererwartungen sagt also keine Wende in der tatsächlichen Entwicklung voraus, sondern fällt mit dieser zusammen. Oder kurz gesagt: Wenn es aktuell gut läuft, sind die Verbraucher vergleichsweise optimistisch – wenn nicht, dann nicht. Da kann es nicht verwundern, dass nach drei Jahren mit insgesamt negativem Wachstum auch der Ausblick schwächelt.

Es bleibt allerdings zu hoffen, dass – auch mit Hilfe der von den Verbrauchern skeptisch beurteilten fiskalischen Impulse – eine weitere Abschwächung abgewendet werden kann und der vorherrschende Pessimismus sich letztlich als unbegründet erweist. Allerdings dürften die Verbraucher sich weiterhin in Zurückhaltung üben, bis sie positive Effekte mit eigenen Augen sehen: Optimismus auf Pump ist mit ihnen nicht zu machen.

Näheres zu unserer Umfrage

Ziel der mehrmals jährlich durchgeführten Umfrage ist es, zu einem besseren Verständnis für die finanzielle Entscheidungsfindung von Konsumenten zu gelangen. Die Umfrage wurde vom Ipsos Meinungsforschungsinstitut im Dezember 2025 in Form einer Onlinebefragung mit 1.007 Teilnehmern durchgeführt. Der Frage nach den erwarteten Auswirkungen staatlicher Mehrausgaben auf die eigene finanzielle Situation wurde folgende Erklärung vorangestellt: „In ganz Europa planen die Regierungen, mehr Geld für Verteidigung und in einigen Fällen für die Infrastruktur auszugeben. Inwieweit glauben Sie, dass sich diese zusätzlichen Staatsausgaben auf Ihre eigene finanzielle Situation auswirken werden? Positive und negative Auswirkungen können gleichzeitig auftreten. Bitte versuchen Sie, diese unabhängig voneinander zu bewerten.“

Disclaimer / wichtige rechtliche Hinweise

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING Deutschland („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING Deutschland wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING Deutschland hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.